

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter
Gutenbergstr. 7-9
85356 Freising

Milchhandel, Gentechnik und die EU

Milchmarkt

Der BDM setzt sich für intelligente und wirksame Mechanismen ein, um den Milchmarkt vor weiteren Krisen zu bewahren und die Stellung der Milchviehhalter in der Wertschöpfungskette insgesamt zu stärken. In der großen Sektoruntersuchung Milch (2012) des Bundeskartellamtes wurde eine deutliche Unwucht im Markt zu Ungunsten der Milcherzeuger konstatiert.

1. Unterstützen Sie die Einführung von weiteren Kriseninstrumenten (wie bspw. das Marktverantwortungsprogramm des BDM) für den Milchmarkt auf europäischer Ebene?

Ja. DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen für einen stabilen, auch sozial-ökologische Kriterien berücksichtigenden Milchmarkt. Das heißt mehr Krisenprävention, Frühwarnsysteme und wirksame Krisenreaktionsinstrumente. Die bestehende Marktordnung hat versagt, wie die vergangenen Jahre (leider) eindrucksvoll zeigten. Auch wenn der Milchpreis zwischenzeitlich besser war, konnten die Kosten einer nachhaltigen Milchproduktion oft nicht gedeckt, geschweige denn die großen finanziellen Verluste aus den Krisenjahren ausgeglichen werden. Und aktuell mehren sich die Anzeichen einer erneuten Verschlechterung der Situation. Der Spielraum für existenzsichernde Löhne, Investitionen in mehr Tierwohl oder bessere Arbeitsbedingungen bleibt so sehr begrenzt. Die großen Preisschwankungen am Markt sind ein erhebliches Betriebsrisiko. Eine verantwortliche EU-Agrarpolitik darf die Milchviehbetriebe aus Sicht der LINKEN nicht schutzlos den Kräften des ruinösen Dumpingpreiswettbewerbs aussetzen. Dafür braucht es wirksame Kriseninstrumente. Dazu gehören Instrumente für eine eigenverantwortliche Steuerung der Milchmenge, mehr Transparenz bei der Milchpreisbildung, eine unabhängige Milchmarktbeobachtung als Frühwarnsystem und die Stärkung der Milcherzeuger_innen am Markt (z.B. durch Förderung ihrer Zusammenschlüsse).

2. Die EU-Kommission hat sich für die Einrichtung einer Monitoringstelle ausgesprochen. Sollte diese lediglich beobachten oder auch aktiv in den Markt eingreifen?

Aus Sicht der LINKEN sollte die Monitoringstelle vor allem als Frühwarnsystem funktionieren und die analytischen Grundlagen liefern für die Entscheidungen über Kriseninterventionsmaßnahmen. Eine klare Trennung von Risikoanalyse und Risikomanagement ist grundsätzlich richtig und auch bei der Marktbeobachtung sinnvoll, um

die Analyse möglichst unabhängig von den Zwängen der ggf. umzusetzenden Maßnahmen zu halten.

3. Unterstützen Sie die Forderung des BDM nach einer Stärkung der Marktstellung der Milchviehhalter- gerade in Anbetracht der Konzentration auf der Molkereiseite bzw. des Entstehens von transnationalen Genossenschaften?

Ja, das kritisieren wir seit Jahren. Die Machtkonzentration auf Seiten der Molkereien und des Handels hat dazu geführt, dass tausende Milchbäuerinnen und Milchbauern einem ruinösen Preiswettbewerb ausgesetzt wurden und etliche ihre Betriebe aufgeben mussten. Hinzu kam, dass die Milchquote nie funktionieren konnte, weil sie am grünen Tisch zwischen Politik und der Industrie ausgehandelt wurde und nie das Ziel eines stabilen, nachhaltig wirksamen weil nachfrageorientierten Milchmarktes hatte, sondern höchstens die Produktionsmengensteigerung verlangsamen sollte. DIE LINKE unterstützt alle Formen der Kooperation und engeren Zusammenarbeit, die die Erzeugerinnen und Erzeuger stärken. Das Genossenschaftsmodell kann eine sehr demokratische Struktur sein, wenn ihr ursprünglicher Gedanke eines solidarischen Wirtschaftens wieder stärker gesetzlich verankert und umgesetzt wird. Mindestens genauso wichtig ist aus Sicht der LINKEN allerdings auch eine Stärkung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung. Der Konzentration von Marktmacht muss konsequent ein Riegel vorgeschoben werden.

4. Ist die Landwirtschaft ein Wirtschaftssektor wie beispielsweise die chemische Industrie, oder ist die Produktion von Lebensmitteln für Sie ein Wirtschaftssektor eigener Art?

Für DIE LINKE ist die Agrarwirtschaft kein Wirtschaftssektor wie jeder andere. Ganz im Gegenteil, sie ist die Basis für unser Leben. Denn sie produziert im wahrsten Sinne des Wortes „Lebensmittel“. Das befreit die Agrarwirtschaft selbstverständlich nicht davon, gesellschaftlich gewollte Leistungen (bspw. Klimaschutz, Umweltschutz oder Mindestlohn) zu erbringen, aber das Schrittmaß und die Reduktionsansprüche (bspw. CO2) sollten in der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Agrarwirtschaft gemessen werden. Auf ein Handy kann man verzichten, auf einen Laib Brot oder einen Liter Milch nicht. Hinzu kommen die natürlichen Lebenszyklen, die kurze Reaktionszeiten auf veränderte Marktlagen kaum möglich machen. Weder Trächtigkeiten noch Vegetationszyklen können durch den Menschen variabel gestaltet werden.

Freihandel / Gentechnik

Der Export von veredelten Milchprodukten ist ein wichtiger und stabilisierender Bestandteil des Milchgeldes der Bauern. Der Freihandel bietet das Potential, neue Absatzmärkte bedienen zu können. Der Schutz von europäischen Qualitäts- und Sozialstandards ist für das Leben der Menschen in der EU essentiell. Der Anbau und Verzehr von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren wird durch die eindeutige Mehrheit der europäischen Verbraucher strikt abgelehnt.

1. Wie stehen Sie zu den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA?

DIE LINKE sieht Freihandelsabkommen generell kritisch, da sie nicht fair sondern auf Kosten des schwächeren Partners ausgehandelt werden. Das geplante Freihandelsabkommen

zwischen der EU und den USA (TTIP) lehnen wir ab. Das TTIP wird, sollte es in Kraft treten, den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nützen. Konzernen soll gar ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird, öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums gestärkt werden. Das TTIP wird, wenn wir es nicht gemeinsam mit anderen verhindern, den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage. Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet. DIE LINKE organisiert und unterstützt deshalb Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –, die darauf gerichtet sind, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zu stoppen.

2. Sollten gentechnisch veränderte Lebensmittel in Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen verkauft werden dürfen?

Nein. DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik grundsätzlich ab. Sie ist riskant, teuer und weitgehend nutzlos. Wir streiten für ein gentechnikfreies Europa. Im Bereich der Milchproduktion werben wir für gentechnikfreie Fütterung und unterstützen in diesem Zusammenhang die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“.

3. Falls ja, sollten diese Lebensmittel klar gekennzeichnet sein?

Falls es weiterhin gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittelzulassungen geben soll, dann muss dies zwingend auch auf den Endprodukten im Supermarktregal erkennbar sein. Das gilt sowohl für direkte Zutaten als auch für indirekte Zutaten, beispielsweise wenn Tiere mit gv-Futter gefüttert wurden. DIE LINKE will die Kennzeichnungslücke bei tierischen Produkten schließen, denn das hat durch das ablehnende Verbraucherverhalten eine Nachfrage nach gentechnikfreier Fütterung zur Folge. Darüber hinaus unterstützen wir die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung.

4. Unterstützen Sie die Forderung des BDM, die Landwirtschaft aus den Verhandlungen auszuklammern?

DIE LINKE will das TTIP verhindern. Die Mindestforderung wäre den kompletten Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft vom TTIP-Verhandlungsmandat auszunehmen. Für Profite internationaler Konzerne dürfen keine europäischen Verbraucher- oder Umweltschutzstandards verwässert werden.

Düngeverordnung

Seit Anbeginn der Landwirtschaft düngen die Landwirte ihre Felder mit organischem Dünger. Die zunehmende Größe der Betriebe und die gewachsene Bedeutung des Naturschutzes machten es jedoch nötig, diese Form der Düngung gesetzlich zu reglementieren. So war es den Betrieben bis zum vergangenen Jahr erlaubt, bis zu 230 Kilogramm Stickstoff aus organischem Dünger pro Hektar auszubringen.

1. Unterstützen Sie die Forderung des BDM nach einer Beibehaltung der Derogation, also der Ausbringung von bis zu 230 Kilogramm organischen Stickstoff/Hektar?

Die Düngeverordnung muss dringend novelliert werden, darin sind sich mittlerweile etliche wissenschaftliche Politikberatungseinrichtungen einig. DIE LINKE fordert eine Novelle der Düngeverordnung, die wirksam dazu beiträgt, dass die Gewässer weniger belastet und die Düngung so erfolgt, dass sie effektiver den Pflanzen zur Verfügung steht und die Belastung des Naturhaushaltes durch Nährstoffüberschüsse minimiert werden. Das bedeutet eine Hoftorbilanz sowohl für tierhaltende Landwirtschaftsbetriebe, als auch für bodenlose Viehhaltung und Biogasanlagen. Ausnahmeregelungen sollten, wenn überhaupt vom den natürlichen Standortbedingungen einschließlich der Wassergütemessung abhängen.

2. Unterstützen Sie die BDM e.V. Forderung nach einer Flexibilisierung der Kernsperrfisten, sofern die Viehhaltung angepasst ist?

Unter Anpassung der Viehhaltung versteht DIE LINKE die Anpassung an die Standortbedingungen. Das bedeutet Einschränkungen für die Ausbringung nach Hangneigung, für gefrorene und schneebedeckte Flächen und bei der Herbst N-Düngung nach Kulturarten.

3. Der BDM e.V. setzt sich für eine konsequentere Beachtung des Verursacherprinzips in den bestehenden Regelungen ein, d.h. stärkere Kontrolle der Problemgebiete bzw. bessere Kontrolle der Abnahmeverträge von organischem Dünger hinsichtlich ihrer Praktikabilität. Wie positionieren Sie sich diesbezüglich?

DIE LINKE setzt sich für die Durchsetzung des Verursacherprinzips ein. In Problemgebieten sollte die Kontrolle jedoch mit dem Ziel verstärkt werden, dass der Tierbestand den realen Möglichkeiten der Flächendüngung angepasst wird und Düngung nicht zur Gülle-Entsorgung verkommt.

EU-Allgemein

Ziel muss es sein, ein Europa in Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu schaffen. Eine übertriebene Bürokratie schadet, wenn dadurch das Leben und Handeln von Privatpersonen und Unternehmen bis ins Kleinste reglementiert werden soll. Es ist unsere Aufgabe, die EU so weiterzuentwickeln, dass sie den Menschen nützt und Europa als einen sozialen und lebenswerten Kontinent erhält.

1. Stichwort Bürokratieabbau: Sehen Sie Möglichkeiten im Bereich Landwirtschaft diesbezüglich Vereinfachungen vorzunehmen oder halten Sie den gegenwärtigen Aufwand für noch angemessen?

DIE LINKE setzt sich dort für Bürokratieabbau ein, wo sinnvoll Aufwand reduziert werden kann ohne dass dabei Verbraucher-, Umwelt- oder Tierschutzstandards und ihre Kontrollierbarkeit gefährdet werden. Risikoorientierung ist dabei ein wichtiges Kriterium, wobei Gesundheits-, Umwelt- und Tierwohlgefährdung besonders wichtig sind sowie Verbrauchertäuschung. Die Kontrollen, wie zum Beispiel im Öko-Landbau von der EU jetzt vorgeschlagen, bei

auf tretenden Problemen zu intensivieren und bei Betrieben ohne Beanstandung einzuschränken, halten wir für einen gangbaren Weg in der gesamten Landwirtschaft.

2. Sollte die EU weiterhin die Landwirtschaft mit Direktzahlungen unterstützen oder plädieren Sie für eine grundsätzliche Neugestaltung der EU-Agrarpolitik?

DIE LINKE hält bis 2020 an der Form der Direktzahlungen fest. Wir forderten bereits vor der jetzigen Reform, dass die öffentlichen Gelder stärker an konkrete soziale und ökologische Leistungen gebunden werden müssen. Das Ziel konnte nur teilweise erreicht werden. Wenn die GAP eine Zukunft haben will, muss sie gesellschaftlich mehr Anerkennung erreichen. Aus Sicht der LINKEN bedeutet das, dass die Förderwirkung stärker als bisher an sozial-ökologische Leistungen gebunden sein muss. Diskussionen zur Abschaffung der Direktzahlungen müssen sich stärker mit den sozialen und agrarstrukturellen Folgen für die ländlichen Räume auseinandersetzen.

3. Gegenwärtig hat die EU-Kommission zwei Richtlinienentwürfe zum Thema Klonen bzw. der Nutzung von Klontieren sowie der daraus entstehenden Lebensmittel veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Welche Haltung haben Sie diesbezüglich?

DIE LINKE lehnt das Klonen von Tieren zum Zwecke der Nahrungsmittelproduktion ab. Ein Vermarktungsverbot muss sich auch auf die Nachkommen geklonter Tiere beziehen. Im Bereich der Forschung sollte das Klonen von Tieren in engen ethisch vertretbaren Grenzen weiterhin möglich sein.